Nr. 142. 10. Jahrgang.

Hamburger Echo.

Das „Hamburger Echo“ erscheint täglich, außer Montags.
Der Abonnementspreis (inkl. „Die Neue Welt“) beträgt: durch die Post bezogen (Nr. des Postkatalogs 3041) ohne Bringegeld vierteljährlich M. 4,20; durch die Kolportöre wöchentl. 36 ₰ frei in's Haus. Einzelne Nummer 6 ₰. Sonntags-Nummer mit illustr. Sonntags-Beilage „Die Neue Welt“ 10 ₰.
Verantwortlicher Redaktör: R. Steuzel in Hamburg.

Sonnabend, den 19. Juni 1896.

Anzeigen
werden die sechsgespaltene Petitzeile oder deren Raum mit 30 ₰, für den Arbeitsmarkt, Vermiethungs- und Familienanzeigen mit 20 ₰ berechnet.
Anzeigen-Annahme in der Expedition (bis 6 Uhr Abds.), sowie in sämmtl. Annoncen-Büreaux.
Redaktion und Expedition: Große Theaterstraße 44 in Hamburg.

Hierzu eine Beilage.

Bismarck vor der Weltgeschichte.

Wie die Weltgeschichte einstmals über die Bedeutung des Fürsten Bismarck urtheilen werde, kam jüngst im Reichstage zur Erörterung. Bebel meinte, die Nachwelt werde namentlich die innere Politik des Fürsten stümperhaft finden, worauf der Nationalliberale Bennigsen und der Antisemit Liebermann von Sonnenberg in der bekannten überschwenglichen Weise das Lob des ehemaligen Reichskanzlers sangen und sich geberdeten, als könne sich gar keine Kritik an dessen Thaten heranwagen. Die Mehrheit des Reichstages war sichtbar nicht der Anschauung dieser beiden Bismarckverehrer, und es war schon einigermaßen bezeichnend, daß sich der genannte Antisemit, auf dessen Urtheil wohl nur sehr wenige Leute etwas geben, zum Vertheidiger des „Säkularmenschen“ aufwerfen konnte. Wenn es so schon in der Gegenwart aussieht, was wird erst die Nachwelt über den Mann sagen, den seine blinden Verehrer als einen der größten Staatsmänner aller Zeiten anerkannt wissen wollen! Allerdings hat die vorlaute Aufdringlichkeit, mit der sie dies thun, auch ihr Theil dazu beigetragen, den Namen Bismarck seines früheren Nimbus zu entkleiden.

Die kühle Kritik späterer Zeiten wird ohne Zweifel den Nachweis führen, daß die Bismarck'sche Politik nicht eine Politik der großen Züge, sondern der kleinen Kniffe gewesen ist.

Was manchen Zeitgenossen so groß erscheinen mochte, nämlich der Einheitsgedanke, war von Anderen vorbereitet und populär gemacht worden. Bismarck fand die Zustände reif für die Einheit vor, aber er verschlechterte den Einheitsgedanken, den das Jahr 1848 in eine schöne und großartige Form gebracht hatte, in der Ausführung. Er brachte, mit einem französischen Schriftsteller zu reden, nicht die Einheit des Bienenstockes, wie wir sie gebraucht hätten, sondern nur die Einheit der Kaserne, wie wir sie heute noch haben. So wenig wie wir Partikularisten oder Föderalisten sind, so wenig entspricht die Bismarck'sche Form der Einheit unserem Ideal.

Es giebt Leute, welche die innere und äußere Politik Bismarcks von einander trennen wollen. Die äußere, sagen sie, sei großartig und genial, die innere sei fehlerhaft. Andere finden natürlich die Bismarck'sche Politik in jeder Richtung unübertrefflich.

Unserer Meinung nach bildet die Bismarck'sche Politik ein untrennbares Ganzes; sie ist einem gewaltthätigen Naturell entsprungen. Ihr Träger glaubte Alles, was sich ihm in den Weg stellte, mit äußerer Gewalt niederwerfen zu können. Er machte die Erfahrung, daß die Verhältnisse stärker als die Menschen und auch als der Mensch Bismarck sind. Nur junkerlicher Uebermuth konnte dies verkennen, und um so schwerer waren die Demüthigungen, die hinterher kamen, aber sie waren verdient.

Der deutsche Dualismus wurde durch den Bruderkrieg von 1866 angeblich beseitigt; in Wahrheit aber ist an Deutschlands Körper die Wunde, die ihm jener Krieg schlug, niemals geheilt, ganz abgesehen davon, daß viele Millionen Deutscher aus dem Reich ausgeschlossen wurden. Der Krieg von 1870 setzte fort, was man 1866 begonnen hatte; die äußere Form der Einheit kam, aber um welchen Preis? Der „bewaffnete Friede“, als dessen Urheber man Napoleon III. so schwer verurtheilt hat, wurde verewigt und hat Opfer auferlegt, die das Mark der Völker aufzehren. Der Wettlauf in den Rüstungen wurde damals eingeleitet.

Dazu kam die Feindschaft mit den Franzosen, die nun ein Vierteljahrhundert dauert und länger dauern wird, weil Elsaß-Lothringen als steter Zankapfel zwischen den beiden Mächten liegt. Nationalliberale Hurrahschreier preisen freilich die Annektion der beiden Provinzen als eine der größten „nationalen“ Thaten.

Diese Annektion aber hat Europa in den Zwei- und Dreibund gespalten. Wie, wenn das Wort von Karl Marx — mit dem er nicht allein steht — daß der Krieg mit Frankreich nothwendig und unvermeidlich einen Krieg mit Rußland bringen müsse, sich erfüllen sollte? Wenn dann der Weltkrieg käme, dessen schauderhafte Verheerungen alle Phantasie übertreffen müßten?

Die Generationen, die diesen Krieg erleben müßten, würden sie wohl in dem Fürsten Bismarck auch den „größten Staatsmann aller Zeiten“ erblicken?

Es wird für den Fürsten Bismarck dann gut sein, wenn er nicht mehr zu hören braucht, was über ihn gesprochen wird. Schmeicheleien und Danksagungen dürften es schwerlich sein.

Aber auch wenn diese Katastrophe in Folge veränderter Verhältnisse ausbleiben sollte — werden dann die Völker für die Last des bewaffneten Friedens, unter der sie zu seufzen haben, dankbar sein?

Das kann man von ihnen wirklich nicht verlangen.

Die äußere Politik hat allerdings kriegerischen Ruhm gebracht. Aber dieser führt jedes Volk schließlich auf Abwege. Zudem ist er nicht einmal das Verdienst Bismarcks.

Bismarck überfluthete Deutschland mit den fünf Milliarden der französischen Kriegsentschädigung. Der „Millionärzüchter“ hatte nicht die ökonomische Einsicht, um zu begreifen, daß diese Ueberfluthung nach einer künstlich gesteigerten Prosperität eine dauernde Krisis herbeiführen mußte.

Die Krisis kam in raschem Rückschlag und sie rief eine Reihe von gesetzgeberischen Akten hervor, die wiederum nur nachtheilig wirken konnten.

Die politischen Einrichtungen, mit denen Deutschland beglückt wurde, haben sich heute in ihrer Mangelhaftigkeit erwiesen. Das allgemeine Wahlrecht wurde gegeben, aber der Reichstag blieb ohne Diäten und überhaupt ohne die Macht, die der Vertretung eines großen Volkes gebührt, wenn dieselbe nicht ein bloßes Ornament sein soll. Einige Neuerungen kamen, die vielfach willkommen waren, wie Münzeinheit, Zivilehe und so weiter, aber für dies Linsengericht opferten die Nationalliberalen die politischen Rechte und Freiheiten.

Die oppositionellen Parteien verfolgte Bismarck mit Ausnahmegesetzen. Zentrum und Sozialdemokratie wurden unter solche gestellt. Der Kampf endete mit einem großartigen Mißerfolg Bismarcks in beiden Fällen; seine innere Politik war nachgrade nur eine Neuaufwärmung Metternich'scher Weisheit geworden.

Dann kamen die wirthschafts- und sozialpolitischen Gesetze, die alle in einen großen Mißerfolg ausklangen. „Es gelingt nichts mehr!“ war schließlich die Signatur dieser Politik. Bevorzugung einzelner Klassen, Steuerdruck, Vertheuerung der Lebensmittel, Unzufriedenheit überall — so war die Situation, als Bismarck stürzte, nachdem er seinen „Ruhm“ längst überlebt hatte. In den Augen klarblickender Leute hatte dieser „Ruhm“ nie existirt.

Es ist erklärlich, daß ein Gewaltiger in den Augen seiner Zeitgenossen immer größer erscheint, als er ist, namentlich bei Denen, die durch ihn Vortheile bekommen haben. Die große Masse der Hurrahschreier, die sich von jedem Erfolg fasziniren läßt, übertreibt immer. Was hat es doch schon für Fürsten, Staatsmänner, Feldherren gegeben, die von ihren Zeitgenossen gradezu überschwenglich verherrlicht wurden und die der Nachwelt gar nicht imponiren! Und unter ihnen waren solche, die größer sind, als Bismarck jemals war.

Er hatte einen Zeitgenossen, der gar keinen Respekt vor der „Größe“ des Mannes von Friedrichsruh hatte. Dieser Mann war kein „Reichsfeind“ — es war Moltke. Die Bemerkungen Moltkes über Bismarck, von denen eine Menge in der politischen Welt kursiren, verrathen, daß Moltke von Bismarck absolut keine große Meinung hatte.

Bismarck sagte einmal, die Geschichte von 1848 könne nicht geschrieben werden, wenn nicht die preußischen Staatsarchive dazu benutzt würden.

Nun, diese Archive werden sich auch einmal aufthun und dann wird nicht nur über das Jahr 1848 sich manches Interessante herausstellen. Dann wird auch die ganze und wahre Geschichte der Bismarck'schen Regierung bekannt werden und die Nachwelt wird ihm keine Kränze flechten.

Von der Weltbühne.

Aus dem Reichstage. Berlin, 18. Juni. Die Haupt- und Staatsaktion, welche die Antisemiten aus dem Streit des englischen Berichterstatters mit dem Postsekretär machen wollten, ist kläglich in's Wasser gefallen. Es giebt wohl keinen Menschen, welcher das Vorgehen des Herrn Bashford billigt. Er selbst hat schon am anderen Morgen anerkannt, daß er in der Aufregung Aeußerungen gethan hat, die er bei ruhiger Ueberlegung nicht billigt. Uebrigens dürften derartige Auftritte wohl täglich in Postämtern oder Bahnhöfen vorkommen. Die Hast des heutigen Verkehrslebens macht die betheiligten Personen nervös und bald ist es ein Mann aus dem Publikum, bald ein Beamter, der etwas thut und sagt, was er bei ruhiger Ueberlegung nicht thun und sagen würde. Aber nicht der Vorfall selbst war es, welcher die Antisemiten zu ihrer Interpellation veranlaßt hatte, sondern der Umstand, daß einer der Betheiligten ein Ausländer ist. Heute trat es klar zu Tage, daß der Antisemitismus dasselbe Gewächs ist, wie das Knownothingthum und der Nativismus Amerikas. Bashford ist nicht semitischer, sondern germanischer Abstammung. Dieser Umstand hält die Antisemiten nicht ab, auch hier den Kampf gegen die „Ausländerei“ aufzunehmen. Durch dieses Vorgehen beweisen sie, daß die Phrase von der Minderwerthigkeit der semitischen Rasse eine bewußte Lüge ist. Der Amerikaner kann Nativ sein und die Ausländer bedrängen, ohne daß das Ausland in der Lage ist, Repressalien zu ergreifen, denn auf jeden Amerikaner, welcher im Auslande lebt, kommen 100 in Amerika lebende Ausländer. Umgekehrt ist das Verhältniß in Deutschland. Provoziren wir das Ausland durch Unduldsamkeit und Belästigung der Fremden zu gleichen Maßnahmen, dann haben die Deutschen am schwersten zu leiden. Die teutschthümelnden Dichter preisen die Gastfreundschaft als deutsche Tugend. Die teutschthümelnden Politiker beweisen durch ihr Thun das Gegentheil. Auch heute beweisen sich die Antisemiten als echte Bismärcker. Die Ausweisung war der Gipfelpunkt Bismärckischer Staatsweisheit, die er gegen Katholiken, Polen, Sozialdemokraten und alle unbequemen Ausländer anwendete. Weist aus! schreien die Antisemiten, sobald sie vor einer Frage stehen, bei welcher sie, wie gewöhnlich, mit ihrem Latein zu Ende sind. Als Schleppenträger der preußischen Junker mögen sie keine angenehme Erscheinung sein; aber wenn sie zu einiger Bedeutung kämen, könnten sie zu einer Gefahr für Millionen im Auslande lebender Deutscher werden. Das von dieser Sorte von Menschen vertretene Deutschthum wird jeder vernünftige Mensch im Auslande so schnell als möglich verleugnen.

Interessant war der zweite Theil der Tagesordnung. Denn: Preisend mit viel schönen Reden ihrer Länder Werth und Zahl, saßen heut die „armen“ Junker in dem großen Reichstagssaal. Nicht klagend, sondern prahlend, nicht die Armuth, sondern den Reichthum als spezifisch ostpreußische Eigenthümlichkeit in den Vordergrund drängend. Was hat den Umschwung hervorgebracht? wird Mancher fragen. Ist das offizielle Klageweib der Junker, der Bund der Landwirthe, verschwunden? Nein, nichts von alledem. Die Junker, welche beim Antrag Kanitz, bei der Branntweinsteuer, bei dem Zuckersteuergesetz, bei der Währungsfrage und vielen anderen Gelegenheiten das Lied von der bankerotten Landwirthschaft so schön sangen und in Zukunft singen werden, waren heute als Prahler auf der Bildfläche erschienen, weil sie nicht Almosen, sondern Kredit haben wollten. Sie verlangen, daß die Pfandbriefe der Landschaften unter gleichen Bedingungen wie die Reichsanleihen bei der Reichsbank lombardirt werden sollen. Reichsbankdirektor Dr. Koch war schon bei den Etatsberathungen diesem Ansinnen entgegengetreten, indem er darauf hinwies, daß mit demselben Recht dieselben Forderungen von den Städten für die Stadtanleihen, von den Hypothekenbanken für ihre Pfandbriefe und von anderen ähnlichen Instituten gestellt werden könnten. Durch die Bewilligung dieser Forderungen würden die lombardfähigen Papiere so stark vermehrt, daß leicht Perioden eintreten können, in welchen die Baarvorräthe der Reichsbank nicht hinreichen zur Befriedigung der Anforderungen. Um nun zu beweisen, daß die Pfandbriefe der Landschaften alle anderen Papiere an Sicherheit übertreffen, wurde das Lied von der nothleidenden Landwirthschaft in den Sack gesteckt und nun der Satz umgekehrt, wobei es an Uebertreibungen ebensowenig fehlte, wie sonst bei den Klagen.

Wenn sonst auch die Junker an geistigen Fähigkeiten weit unter Mittelmaß stehen, im Betteln wie im Pumpen sind sie Genies. Schließlich führte die Debatte noch zu einem scharfen persönlichen Renkontre zwischen dem Freisinnigen Dr. Barth und dem Konservativen Grafen Mirbach, wobei Mirbachs Rede deutliche Spuren von der Wirkung der Wärme auf das Gehirn des Menschen an sich trug. Bei der Abstimmung stimmten 72 für und 112 gegen den Antrag. Der Mangel an Beschlußfähigkeit machte darum auch der heutigen Sitzung ein frühes Ende.

Morgen soll die große Sommerarbeit, die zweite Lesung des Bürgerlichen Gesetzbuches, beginnen; aber erst muß die Frage entschieden werden, wo man die zur Beschlußfähigkeit nöthige Zahl an Abgeordneten herbekommen will. Könnten die Junker sich Millionen holen, wäre der Antrag Kanitz oder das Gesetz über Einführung der Doppelwährung in dem Bürgerlichen Gesetzbuch untergebracht, dann würde schon die nöthige Zahl kommen; so aber wird die Regierung vielleicht, wenn auch mit saurer Miene, bis zum Herbst warten müssen.

Zur zweiten Berathung des Bürgerlichen Gesetzbuches mehren sich, wie vorauszusehen war, die Anträge und damit verringern sich die Aussichten für eine Erledigung. Von der sozialdemokratischen Fraktion sind allein 91 Abänderungsanträge, die sich auf den Dienstvertrag und die Arbeitsverhältnisse, den Miethsvertrag, das Vereinsrecht 2c. beziehen, eingebracht worden. — Die Freisinnige Volkspartei beantragt, im Vereinsrecht die Beschlüsse der Kommission erster Berathung wieder herzustellen, also die politischen und sozialpolitischen Vereine unter dasselbe Recht in Bezug auf Erlangung der Rechtsfähigkeit zu stellen wie die übrigen Vereine. Von der konservativen Reichstagsfraktion sind die Anträge auf Beseitigung der obligatorischen Zivilehe und Einführung der fakultativen Zivilehe gestellt worden. Der Zentrumsabgeordnete Rintelen hat seine mitgetheilten, nicht im Namen der Fraktion gestellten Anträge zum Eherecht wieder zurückgezogen.

Die Sache verspricht also sehr weitschichtige Debatten, wenn man überhaupt noch an dieselbe herangeht, was sich vorweg bei Behandlung des sozialdemokratischen Antrages auf Vertagung der Berathungen bis zum Herbst entscheiden muß. Von den Freunden der Durchpeitschung wird beabsichtigt, zur Erleichterung des Verfahrens zuerst die leichteren Materien, zuletzt das Vereinsrecht und Familienrecht zur Verhandlung zu bringen. Aber auch das wird kaum helfen.

Die Hoffnung schwindet auch bei Denen, die mit aller Macht darauf drängten, das Bürgerliche Gesetzbuch so schnell wie möglich bei sommerlicher Hitze durchzupeitschen. Der bekannte nationalliberale Berliner Korrespondent der „Hambg. Nachr.“ meint in Bezug auf die heutige (Freitags-) Sitzung, die Vermuthung liege nur zu nahe, „daß man mit der Präsenz keine besseren Erfahrungen machen wird, als in den letzten Tagen und dann dürfte sich die Regierung doch wohl entschließen müssen, dem grausamen Spiele ein Ende zu machen. Mit verwickelt in das Schicksal des Bürgerlichen Gesetzbuches wird aber die Gewerbeordnungsnovelle. Der Präsident hat die Schlußabstimmung über dieselbe für morgen zu zweiter Stelle auf die Tagesordnung gesetzt, was bedeuten soll, daß diese Schlußabstimmung nicht vor Beendigung der zweiten Lesung des Gesetzbuches erfolgen wird. Darin könnte für die Majorität, welche die Gewerbeordnungsnovelle anzunehmen entschlossen ist, allerdings ein Antrieb liegen; aber unter den augenblicklichen Umständen ist stark zu bezweifeln, daß dieses Mittel verfangen wird.“

Selbst im Zentrum ist, wie die „Deutsche Tageszeitung“ schreibt, eine Minderheit vorhanden, die eine gründlichere Berathung des Bürgerlichen Gesetzbuches im Herbste für geboten erachtet, und die Zahl der Abgeordneten in der freikonservativen und der nationalliberalen Partei, die nur mit getheiltem oder schwerem Herzen sich für die beschleunigte Durchberathung haben gewinnen lassen, ist sehr groß, vielleicht größer als die Zahl Derer, die sich mit vollem Herzen dafür erklärt haben.

Das Reichsnothgesetz zum Vereinswesen werde nicht die Zustimmung des Bundesraths finden, so kündigt die „Post“ bereits mit großer Bestimmtheit an. Sie erklärt, daß das an sich unhaltbare Verbot der Verbindung der Vereine nur preisgegeben werden dürfe gegen anderweitige Verschärfungen des Vereinsrechts mittels der Landesgesetzgebung, also mittels der konservativen Mehrheit des Herrenhauses und des Abgeordnetenhauses. Nach diesem Rathschlag hat der neue Minister des Innern und demnächst das preußische Staatsministerium seine Entscheidung getroffen. Daß die mit großer Mehrheit gefaßten Beschlüsse des Reichstages so wenig Entgegenkommen bei den Regierungen finden, hat sich der Reichstag selbst zuzuschreiben. So lange er nicht die Kraft findet, bei Forderungen, die den Regierungen am Herzen liegen, Nein zu sagen, falls man nicht seinen eigenen Wünschen nachgiebt, so lange wird er ohnmächtig sein und bleiben. Uebrigens ist Herr von Stumm, wenn die „Post“ Recht behält, einmal wieder der Verkündiger der Regierungsansichten gewesen. Das ist ja für ihn nicht schwer, denn der Geist Stumms schwebt heute völlig über den Wassern der Regierung.

Der Bundesrath hat in seiner Plenarsitzung am Donnerstag dem Entwurf eines Börsengesetzes nach den Beschlüssen des Reichstages die Zustimmung ertheilt. Ebenso wurde der Vorlage, betreffend die Ausprägung von Kronen und den Beschlüssen des Landesausschusses zu dem Entwurf eines Gesetzes für Elsaß-Lothringen über die Wahlen der Mitglieder der Bezirksvertretungen und Kreisvertretungen die Zustimmung ertheilt.

Dem Bundesrath ist jetzt ein Entwurf von Ausführungsbestimmungen zum Zuckersteuergesetz vom 27. v. M. zugegangen.

Im preußischen Abgeordnetenhause kam es am Donnerstag bei der Berathung der Denkschrift, betr. das Bernsteinmonopol, zu einer interessanten Erörterung über den kürzlich stattgefundenen Prozeß Becker-Stantien. Die Konservativen empfahlen, um ähnliche Vorkommnisse, wie sie in diesem Prozeß zu Tage getreten sind, für die Zukunft zu verhindern, Abänderung der Realordnung und stellten eine weitere Verfolgung dieser Frage für die nächste Session in Aussicht. Eine äußerst scharfe Kritik an dem Verhalten des Kommerzienrathes Becker, der das Monopol in unverantwortlicher, unlauterer und eigennütziger Weise ausgenutzt habe, übte Abg. Krause (NL.), der zugleich der Regierung den Vorwurf machte, daß sie die Firma zu wohlwollend behandelt habe. Der Landwirthschaftsminister Freiherr v. Hammerstein nahm in seiner Erwiderung die Firma Stantien u. Becker in Schutz und wies auf die großen Vortheile hin, die dem Staat aus dem Vertrage erwachsen sind. Obgleich der Minister das Haus ersuchte, keine Kritik an dem Prozeß zu üben, da das gerichtliche Verfahren noch nicht definitiv abgeschlossen sei, erklärte er doch, er begreife nicht, wie das Gericht zu der Ansicht gekommen sei, daß der Angeklagte Westphal, der pflichttreue Beamte „besudelt“ habe, in Wahrnehmung berechtigter Interessen gehandelt habe. Nach weiterer unwesentlicher Debatte wurde die Denkschrift durch Kenntnißnahme für erledigt erklärt.

Nicht nur der Reichstag, auch der Bundesrath hat sich der Fuchtel der preußischen Regierung zu fügen. So denken wenigstens die Heißsporne unter unseren Reaktionären. Der bekannte Silberwährungsfanatiker Dr. Arendt sagt in der letzten Nummer seines „Deutschen Wochenblattes“ anläßlich von im Bundesrathe zu Tage getretenen Meinungsverschiedenheiten: „Die preußische Regierung muß, ehe es zu spät ist, die Zügel fester fassen und die Kleinen darüber aufklären, daß ein Mißbrauch mit dem Stimmrecht im Bundesrathe bedenkliche Folgen haben müßte. Damit das aber geschieht, müssen wir erst wieder eine kräftige Regierung haben. Die Faust fehlt eben auf diesem wie auf allen Gebieten. Man kann sich nicht vorstellen, was passirt wäre, wenn dergleichen Abstimmungen im Bundesrathe zu Bismarcks Zeiten sich ereignet hätten. Damals war das einfach unmöglich.“

Diese Offenheit ist verdienstlich; sie dürfte noch manchem bisher Blinden die Augen öffnen, wohin der Kurs geht. Die preußische Reaktion soll Herr sein auf allen Gebieten; zu dem Zwecke soll nicht nur das Recht des Volkes, sondern auch das Recht der kleineren Staaten mit Füßen getreten, unter die preußische Fuchtel gezwungen werden, noch mehr, als bisher geschehen.

Auf die Mißtrauensvoten des oldenburgischen Landtages gegen die Minister hat jetzt der Großherzog im Landtagsabschied eine Antwort ertheilt. Sie lautet:

„Von den Beschlüssen des Landtages in Betreff der Leitung des Volksschulwesens und der nothwendig gewordenen Mehrverwendungen für den Bau der Eisenbahn Oldenburg-Brake haben wir nur mit Bedauern Kenntniß nehmen können. Wenn der Landtag diesen Beschlüssen die im Verfassungsleben der deutschen Staaten unbekannte Form von allgemeinen Mißtrauensvoten gegeben hat, so muß dies mit Entschiedenheit zurückgewiesen werden, sofern in der Wahl dieser Form die Tendenz einer maßgebenden Einflußnahme des Landtages auf unsere landesherrlichen Entschließungen in Betreff der nach dem Staatsgrundgesetz uns ausschließlich zustehenden Ernennung und Entlassung der Minister zu befinden ist. Wir halten es für unsere Pflicht, zumal auch im Hinblick auf die allgemeinere Bedeutung dieser Frage für allemonarchischen Staaten Deutschlands, in diesem Anlaß unsere verfassungsmäßigen Rechte in ihrem gesammten Umfange entschieden zu wahren, wie auch wir die dem Landtage zustehenden Rechte während unserer mehr als dreiundvierzigjährigen Regierung stets gewissenhaft beachtet haben.“

Der Oldenburger Landtag wird sich nun zu entscheiden haben, ob er die Konsequenzen seiner Beschlüsse ziehen will, indem er den Ministern, die sein Vertrauen nicht mehr besitzen, auch keine Gelder bewilligt. Das gehört zweifellos zu den, dem Landtage zustehenden Rechten. Aber wir fürchten, daß die bürgerliche Opposition im Oldenburger Landtage dazu nicht den Muth finden wird.

Die Arbeiterschutzbestimmungen, so unzureichend sie sind, werden von den Unternehmern fortgesetzt übertreten, und zwar in den meisten Fällen straflos, denn „wo kein Kläger, ist auch kein Richter“. Es muß schon ein ganz krasser Fall sein, wenn er vor die Gerichte kommen soll, da die unteren Aufsichtsbehörden in der Regel von einer bemerkenswerthen Duldsamkeit gegen Unternehmersünden sind. Im Chemnitzer Bezirk ist es sogar vorgekommen, daß ein Ortsvorsteher der Direktion einer Filzhutfabrik auf deren Ersuchen Kinder zur Beschäftigung zuwies. Die Fabrik beschäftigte 49 Schulkinder, von denen manche erst 11 Jahre alt waren, insgesammt 6479 Stunden für 6 Pfennig die Stunde. Erst als der Lehrer sich beschwerte, daß die Kinder sich beim Unterricht schläfrig zeigten, wurde die tägliche Arbeitszeit von 5½ auf 4½ Stunden gemindert. Angeklagt, suchten die beiden Direktoren der Fabrik geltend zu machen, daß sie die Beschäftigung der Kinder für zulässig gehalten hätten, da sie ja nicht in der Fabrik, sondern in abseits der Fabrik über dem Kontor belegenen Räumen erfolgt und die Arbeit eine leichte gewesen sei. Das Gericht hatte jedoch eine erheblich andere Auffassung. Es verurtheilte beide Direktoren wegen Vergehens gegen § 146 der Gewerbeordnung zu je M. 400 und die beiden mit der Aufsicht über die Kinder betrauten Arbeiter gleichfalls zu M. 40 und 30 Geldstrafe.

Hoffentlich hilft das, denn dadurch kommt der Preis der Arbeitsstunde eines Kindes auf ungefähr 25 ₰, was bei den billigen Arbeitslöhnen der Erwachsenen die Kinderausbeutung nicht mehr rentabel erscheinen läßt.

Der allgewaltige Landrath ist für die preußischen Kreise nahezu das, was für Rußland der Zar ist. Seinem Willen gegenüber sind zwar nicht der Form nach, desto mehr aber in der Sache Kreistag wie Kreisangehörige ohnmächtig. Wie sich schließlich ein solcher Landrath in seine Allmacht hineinlebt und wie er sie ausnützt, davon giebt die „Frankf. Ztg.“ ein hübsches Beispiel, welches auch deswegen Aufmerksamkeit verdient, weil hier wieder der Einfluß eines Stumm, diesmal eines Bruders des bekannten „Königs“, eine Rolle spielt. Der arme hessische Kreis Kirchheim sollte mit einer Kleinbahn beglückt werden, der Ohmthalbahn, und im Sommer vorigen Jahres hatte der Kirchheimer Kreistag auf Befürwortung durch den Landrath Schenk zu Schweinsberg und etlicher anderer Autoritäten, wie den Frhrn. v. Stumm, den Bruder des Halbergers, M. 800 000 einem Berliner Unternehmer bewilligt, der außer großen Versprechungen in keiner Hinsicht irgend welche Garantien bot. Die Einwohner des Kreises konnten jedoch keinerlei „Zweck und Nutzen“ dieser Bahnanlage entdecken; die „Hess. Landesztg.“ kämpfte hartnäckig gegen das Projekt und zog sich einen Prozeß zu, der mit ihrer Verurtheilung wegen Beleidigung einiger Kreistagsmitglieder durch einen — Gedankenstrich endete. Nicht verhindern konnte die „Landeszeitung“, daß der Regierungspräsident die Vorarbeiten zur Bahn genehmigte, was der Landrath stolz allen „vergeblichen Agitationen“ gegenüber im „Kreisblatt“ verkündete. Nichtsdestoweniger wurden die Waffen nicht gestreckt; es gelang endlich, das Interesse der Regierung für die verhängnißvolle Gründung zu gewinnen, und im Februar d. J. wurde der Kreis durch die Konzessionsverweigerung seitens der Regierung überrascht. Man hätte nun annehmen sollen, daß damit die Gründung beseitigt war. Das geschah nicht, sondern etwas Sonderbares trat ein: Der Landrath legte gegen den Regierungsbescheid Beschwerde ein, schloß unter veränderten Bedingungen mit den Unternehmern einen neuen Vertrag, und unterbreitete endlich, Anfangs dieses Monats, das reformirte Projekt dem Kreistag zu wiederholter Beschlußfassung. Lange wußte man sich nicht die seltsame Opposition des Landraths gegen die Regierung zu erklären, bis neuerdings der Grund an's Licht kam. Der Landrath hatte nämlich, schon im Oktober v. J., also bevor die Konzession ertheilt war, M. 100 000 dem Unternehmer in liebenswürdiger Vertrauensseligkeit angewiesen, und diese für den blutarmen Kreis bedeutende Summe war — nicht mehr aufzutreiben. Darum suchte man die Gründung trotz der Weigerung der Regierung zu Stande zu bringen, und der Landrath ließ sich herbei, persönlich die Kreistagsmitglieder zu besuchen, um sie von der Nothwendigkeit der Annahme auch der neuen Anträge zu überzeugen. Die Kreisbewohner waren aber doch stutzig geworden und wollten nichts mehr von dem Unternehmen wissen, die Mißstimmung über all die hier nicht darzulegenden Merkwürdigkeiten des Projekts und seiner Geschichte war so stark, daß sich auch die Kreistagsmitglieder nicht dem Druck ihrer Wähler entziehen konnten, und die Ohmthalbahn wurde diesmal, trotz des Landraths, abgelehnt. Damit ist die Gründung beseitigt, wenn man auch seitens der Interessenten noch das Unmögliche versuchen wird, das Projekt trotz alledem durchzudrücken. Für den Kreis aber ist, sofern nicht etwa der Landrath haftpflichtig gemacht wird, ein schwerer Verlust entstanden, der freilich noch gering ist im Vergleich zu dem, der bei Ausführung der Gründung entstanden wäre. Von den dem Unternehmer bereits durch den Landrath angewiesenen M. 100 000 können nur M. 25 000, die als Kaution hinterlegt sind, als gerettet gelten. Zweifelhaft aber ist es, ob man von dem mittellosen Unternehmer die fehlenden M. 75 000 wird zurückerlangen können. Man fragt sich, wo die M. 75 000 geblieben seien und wie viel davon noch wieder zu gewinnen sein mögen. Daß diese Summe als verloren gelten kann, dies Geständniß ist dem Landrath selbst in der Kreistagssitzung entschlüpft, der mit dem drohenden Verluste die Nothwendigkeit der Annahme des Ohmthal-Antrages zu begründen suchte. Die Aufsichtsbehörde hat noch keine Klarheit in diese dunkle Angelegenheit gebracht.

Die „sozialistische Gefahr“ hat den Ultramontanen Anlaß zu verschiedenen Gründungen gegeben, mittels welcher man den katholischen Arbeiter dem verderblichen Einfluß sozialdemokratischer oder gewerkschaftlicher Arbeitervereine entziehen wollte. Auch in München gründete das Zentrum einen katholischen Arbeiterverein und ein Geistlicher verschaffte demselben sogar ein eigenes Wochenblatt. Nun aber faßte der Verein das ihm gegebene Programm als ernstgemeint auf und die Folge ist, daß er an allen Ecken und Enden an die arbeitgeberischen Sonderinteressen des Zentrums stößt. Die Herren vom Zentrum nehmen dem Verein Alles übel, was er zur materiellen Verbesserung der Arbeiter thun will. Er soll eben nicht gegen die Arbeitgeberinteressen verstoßen, vielmehr diese Interessen gegen die „verführten“ Arbeiter schützen und — Wahlarbeit thun. Weiteres will man ihm nicht gestatten. Die bekannte Pichler'sche Einengung des Vereins- und Versammlungsrechtes wurde vom Zentrum auch gegen den Willen des katholischen Arbeiterwahlvereins vertreten; ja das Zentrum wollte mit der Einengung des Vereins- und Versammlungsrechts ganz besonders auch die katholischen Arbeitervereine davor behüten, daß sie die Flügel zu sehr regten. Nun ist ein neuer Konflikt entstanden. Das Zentrum will mit den Liberalen bei den im Herbst stattfindenden Gemeindewahlen gemeinsame Sache machen, um das weitere Eindringen der Sozialdemokraten in die Stadtverwaltung zu verhindern. Der katholische Arbeiterwahlverein ist gegen ein solches Kompromiß, und darum ist nun Feuer im Dach des Zentrums. Dem Arbeiterverein wird unverblümt gesagt, er habe sich einfach den Anordnungen des Zentrums zu fügen. Die Formen, in denen sich die Meinungsverschiedenheiten zwischen den behäbigen Zentrumsführern und den katholischen Arbeitern äußern, werden immer schärfer. Im Grunde glimmt das Feuer des Zornes schon lange unter der Asche, denn die ehrwürdigen Häupter sind außer sich, daß auch Jemand anderer als sie im Zentrum eine Meinung haben und äußern will. Früher oder später wird den Arbeitern, welche im katholischen Verein so hübsche Erfahrungen machen, klar werden, wo ihre Interessen Vertretung finden, und dieser Erkenntniß wird die Abschwenkung in's sozialistische Lager folgen. Im Grunde kann die Sozialdemokratie den frommen Herren nur dankbar sein, wenn sie die Arbeiter zu organisiren suchen. Ist erst einmal das Interesse an öffentlichen Angelegenheiten geweckt, dann folgt auch das Verständniß und schließlich findet der Arbeiter auch den Platz, wo er hingehört.

Aus dem Elsaß wird dem „Vorwärts“ geschrieben: Ein sozialdemokratischer Geheimbunds-Prozeß in Sicht. Gegen die Theilnehmer an der Landeskonferenz der elsässischen Sozialdemokraten ist seitens der Straßburger Staatsanwaltschaft die Untersuchung wegen Theilnahme an einer geheimen Verbindung bezw. geheimen Versammlung eingeleitet worden. Der Leiter der Konferenz, Genosse Böhle-Straßburg ist bereits vor dem Untersuchungsrichter vernommen worden. Man verlangt von ihm die noch nicht bekannten Namen der übrigen Theilnehmer. Was mit dieser Untersuchung bezweckt werden soll? Die Konferenz war eine sogenannte „Réunion privée“, zu der die einzelnen Theilnehmer persönlich und schriftlich eingeladen waren, was nach den Landesgesetzen zulässig ist und keiner polizeilichen Anmeldung bedarf. Es soll wohl eine zweite Auflage des Prozesses Auer geben?

Der Ordnungsbrei ist nun auch in Elsaß-Lothringen fertig, da die Erfolge der Sozialdemokratie bei den jüngsten Gemeinderathswahlen die gesammte Bourgeoisie in Schrecken gesetzt haben. In Mülhausen schlossen Liberale und Altdeutsche ein Kompromiß mit den Klerikalen, um im zweiten Wahlgang bei den Gemeindewahlen die Sozialdemokraten zu schlagen. Die Klerikalen erhalten 16, die Liberalen 13 und die Altdeutschen 2 Kandidaten auf der gemeinsamen Liste. In anderen Städten, wo die Sozialdemokraten in Betracht kommen, wird in gleicher Weise verfahren. Nur in Straßburg hat ein Theil der Demokraten sich mit den Sozialdemokraten über eine gemeinschaftliche Liste geeinigt.

v. **Aus Holland** ist zu berichten, daß die parlamentarische Verhandlung der Wahlreformvorlage bald beendigt sein wird. Bemerkenswerthe Aenderungen der Regierungsanträge sind bisher nicht vorgenommen worden, da die beiden Parteien, von denen die eine Einschränkung, die andere Ausdehnung des Wahlrechts gegenüber der Vorlage haben will, sich ziemlich die Wage halten. Das Pluralstimmsystem (zwei Stimmen für 45 Jahre alte Wähler) wurde verworfen, als der Minister die Kabinetsfrage stellte, ebenso die Einführung der Wahlpflicht. Zwar drohen die Ultramontanen, bei der Schlußabstimmung gegen das Gesetz zu stimmen, indessen wird dieses voraussichtlich doch, wenn auch mit knapper Mehrheit, angenommen werden.

Daß eine Frau in eine öffentliche Behörde gewählt wurde, ist dieser Tage zum ersten Mal in Holland vorgekommen, und zwar in Rotterdam, wo eine Frau in die Schul-Aufsichtskommission gelangte. In Amsterdam war von den Schulbehörden beschlossen worden, keine Frau zuzulassen.

Eine neue sozialdemokratische Zeitschrift, „De Nieuwe Tijd“ („Die Neue Zeit“), ist in Amsterdam erschienen. Dieselbe wird monatlich in He